

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Betrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschem.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreipaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschlüssel: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck und Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Collnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 20

Dienstag, den 25. Januar 1921

71. Jahrgang

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Reichstag lehnte gestern die Aussprache über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland fort. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Darnach folgte die 2. Lesung des Haushalts des Justizministeriums. Der Finanzdirektor Dr. Karl hat dem Reichsabinett am Sonnabend den Antrag zugehen lassen auf Aufhebung sämtlicher kriegsgeleiteter noch bis zum 31. März. Im Außenlager von Gardellegen sind die Russen in den Hungerstreik getreten. Sie wollen durch diese Maßnahme die Abberufung eines ihnen mißliebigen Rates erzwingen. Aus Halle wird gemeldet: Durch eine im Kalkofabrik-Gewerkschaft Wilhelmshall durchgeführte Gase entzündete Explosion wurden drei Bergarbeiter getötet, sieben verwundet. Bei der gestrigen Abstimmung der Eisenbahnen im Saar-gebiet über die Einführung der Frankenswährung bei der Lohnzahlung wurden 4315 Stimmen für die Frankenswährung und 11467 dagegen abgegeben. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Dem in der letzten Woche erfolgten Preisrückgang verschiedener Produkte, z. B. in Futtermitteln, Fleischwaren, Käse usw. ist nunmehr ein lehr beträchtlicher Niedergang der ausländischen Valuta gefolgt, der sogar das Pfund und den Dollar betrifft. In Spanien dauert der landwirtschafliche Terror fort.

Deutsch-holländische Wirtschaftsbesprechungen.

Hamburg, 24. Januar. Auf Einladung des Niederländisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes trafen hier etwa 40 hervorragende holländische Industrielle, Großkaufleute sowie Magistratsmitglieder größerer holländischer Städte, u. a. Bürgermeister von Groningen, Dr. von Retwich-Berichauur, ein. Auch die holländische Presse ist durch eigene Berichterstatter vertreten. Am Sonnabend waren die Teilnehmer am Niederländischen Tage in Hamburg in den Räumen der Handelskammer versammelt, deren Präses, J. S. Witt-hoeft, sie herzlich begrüßte und einen interessanten Rückblick auf die deutsch-holländischen Beziehungen gab. Da den Deutschen in Antwerpen nur Haß und Feindschaft begegnete, wolle Hamburg seine Fäden lieber nach den holländischen Häfen ziehen, wo man Freundschaft und Entgegenkommen finde. Einer Darlegung Dr. Melchior über Deutschlands Finanzlage, in der er besonders Hollands Entgegenkommen durch den Abschluß des 200-Millionen-Gulden-Abkommens gedachte, folgte eine Ansprache des Bürgermeisters von Groningen, Dr. von Retwich-Berichauur, der für bessere Eisenbahnverbindung zwischen Nordholland und Nordwestdeutschland eintrat. In der Schlußansprache wies Generaldirektor Cuno von der Sapag auf die engen Beziehungen der holländischen und der deutschen Schiffahrt hin und geißelte den Vertrag von Versailles, der eine unerhörte Richtschiffung des Privateigentums darstelle. Dieser Vertrag müsse erlegt werden durch den Geist wahrer Gleichberechtigung. Der Völkerverbund müsse eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte aller Nationen sein.

Die Verhandlungen fanden ihren Abschluß durch ein Essen im Uhlenhorster Fährhaus, zu dem auch Vertreter des Senats, des Auswärtigen Amtes, der Handelskammer, der Presse, ferner der holländische Generalkonsul Flaes, Leiter hiesiger Großbanken, Reedereien und Werften, sowie größere Handelsfirmen erschienen waren. Bürgermeister Stolten begrüßte die Gäste namens des Senats und hob das stets freundliche Entgegenkommen Hollands hervor, dessen Vertreter als erste Ausländer wieder nach Hamburg gekommen seien. Der holländischen Hilfe nach der Hungerblende werde man stets dankbar gedenken. Der holländische Generalkonsul betonte, daß Deutschlands Gedeihen notwendig sei, damit es ein Bollwerk für die ganze zivilisierte Welt sein könne. Holland müsse erfahren, daß das deutsche Volk arbeitam und dankbar sei. Weitere Ansprachen von deutscher und holländischer Seite folgten. Ihren Dank für die anregende und stimmungsvolle Veranstaltung brachten die holländischen Gäste durch Singen ihres Nationalliedes zum Ausdruck, und die Deutschen erwiderten mit dem Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“.

Deutsches Reich.

Um die Reichsflagge. Berlin. In der täglichen Rundschau nimmt Dr. Strejmann Stellung zu der Frage des Volkseigentums über schwarz-weiß-rot und erklärt, die Hauptvoraussetzung, die seinerzeit von den Anhängern für schwarz-rot-gold gemacht

Die Konferenz des Obersten Rates.

Paris, 24. Januar. Die erste Sitzung der interalliierten Konferenz hat heute morgen um 11 Uhr begonnen. Nur die Chefs der Delegation waren zugegen, und zwar für Frankreich Briand, begleitet von Berthelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Sforza, Graf Bonin Longar und Marcke Torelli, für Belgien Außenminister Jaspar, für Japan Baron Jishi. Jede Delegation hat außerdem zwei Sekretäre. Es ist beschlossen worden, daß die Sachverständigen erst bei Besprechung von Fragen eingeführt werden sollen, für die ihre Meinung eingeholt wird. Nach einigen Begrüßungsworten Briands wird ein Bericht über den Inhalt der Tagesordnung verlesen. Man beschließt, als erste Frage diejenige zu besprechen, die die Einberufung der Konferenz veranlaßt hat, die Frage der Entwaffnung. Die Sachverständigen werden eingeführt, und zwar für Frankreich Marschall Foch, begleitet von General Wengand und Rollet, sowie Barthou, für England Marschall Wilson und General Bingham, für Belgien General Maglinse, für Italien General Mariotta, Marschall Foch verlas einen zusammenfassenden Bericht über die Feststellungen des Pariser Militärkomitees vom 30. Dezember 1920. Er schilderte dann die gegenwärtige Lage Deutschlands bezüglich der Entwaffnung und der Effektivbestände. Die Debatte über die Frage der Entwaffnung wird nachmittags 4 Uhr fortgesetzt werden.

Paris, 24. Januar. Die Besprechung der Marschälle Foch und Wilson hat die Vormittagsitzung der Konferenz ausgefüllt. Im Prinzip soll die Entscheidung in der Frage der Entwaffnung heute abend getroffen werden. Es wäre jedoch möglich, daß die Diskussion länger dauert, als man annimmt und daß die Entscheidung erst morgen vormittag fällt. Im Verlaufe der Diskussion, die sich heute vormittag entspann, zeigten sich die Marschälle Foch und Wilson sehr entschlossen und erklärten die Entwaffnung Deutschlands als unerlässlich. Man glaubt, daß die Konferenz, wenn sie eine kleine Frist für die Entwaffnung der Einwohnerwehren gewähren wird, andererseits unter Androhung von Bestrafung die Ablieferung aller Waffen verlangen wird. Die Frage der Reparation wird wahrscheinlich morgen mittag besprochen werden.

Die Nachmittagsitzung.

In ihrer gestrigen Nachmittagsitzung, die von 4 bis 7 Uhr dauerte, hat die Konferenz die Prüfung der Entwaffnungsfrage fortgesetzt. Es wurde beschlossen, daß die Sachverständigen für das Militär, die Marine und das Luftwesen unter Vorsitz von Marschall Foch heute Dienstag morgen eine Sitzung abhalten, in der weitere Maßnahmen beraten werden sollen, die Deutschland zu treffen hat, um alle Klauseln des Friedensvertrages bezüglich der Entwaffnung durchzuführen. Der Konferenz wird nach der Sitzung ein Bericht über die zur Behandlung gekommenen Punkte und die Ergebnisse darüber unterbreitet werden. In der heutigen Sitzung der Konferenz beschäftigt sich diese mit den Verhältnissen in Teheran, wahrscheinlich zuerst mit österrussischen Finanzfragen. Daneben soll noch die griechische Frage besprochen werden und allgemeine Fragen des Orients zur Erörterung gelangen. Nach Schluß der gestrigen Sitzung

wurde, nämlich ein Großdeutschland, sei nicht erfüllt worden. Das Volk tenne nur schwarz-weiß-rot und der Volkseigentum über diese Frage bedeute daher nicht eine Aufreizung der Parteieidenschaften, sondern die Zurückführung zur Volkseinheit. Der Volkseigentum sei notwendig, weil eine Mehrheit für die Aenderung der Verfassung sich im Reichstage kaum werde erreichen lassen. — In der „Germania“ wird nach der Zentrumsparlamentarischen Korrespondenz mitgeteilt, daß es vom Zentrum für außerordentlich wünschenswert gehalten würde, wenn die Deutsche Volkspartei von ihrer Abicht Abstand nehmen könnte. Die Zentrumsfraktion des Reichstages werde kaum in der Lage sein, einem Antrag auf einen Volkseigentum zuzustimmen. Bei den Demokraten sei der Wunsch, den Volkseigentum ebenfalls herbeizuführen, mit der Abicht verknüpft, ein der Deutschen Volkspartei entgegengekehrtes Ergebnis zugunsten von schwarz-

wurde Loucheur, der Minister für Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, von Lloyd George zur Tafel geladen.

England gegen neue Gewaltmaßnahmen.

Paris, 24. Januar. Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ meldet, die Hoffnung auf eine baldige Einigung in der so wichtigen Entschädigungsfrage sei gestiegen, da man in Frankreich eine Tendenz festzustellen glaube, die sich dem englischen Standpunkt näherte, welcher darauf hinausgehe, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, ohne die berechtigten Interessen der alliierten Länder zu opfern. Aus diesem Grunde habe sich auch die englische Regierung wenig geneigt gezeigt, starke Mittel anzuwenden, möge es sich nun um die Entwaffnung Deutschlands oder um die Reparationsfrage handeln. Der zukünftige Frieden könne nach der Ansicht der englischen Regierung besser sichergestellt werden, wenn man zur Uebertreibung, also zum diplomatischen Druck seine Zuflucht nehme, also nicht zu Zwangsmassnahmen, wie zur Beilegung neuer Gebiete schreite. Wenn die Regierung in Berlin erkläre, sie könne die Einwohnerwehren in der vorgeschriebenen Frist nicht auflösen, und wenn dies wahr sei, so sei die einzig vernünftige Lösung diejenige, ihr eine neue Frist zu bewilligen.

Italiens Vermittlerrolle.

Rom, 24. Januar. Zur Pariser Konferenz schreibt das „Giornale d'Italia“, die italienische und die englische Regierung werde in höflicher, aber fester Form in Paris zu verstehen geben, sie könnten die letzte französische Note an Deutschland nicht billigen, weil dieselbe abgehandelt worden sei, ohne vorher die Verbündeten in Kenntnis zu setzen. Die Durchführung des Friedensvertrages sei eine interalliierte und nicht nur eine französische Angelegenheit. Das Blatt fährt fort: Die Meinungen Englands und Frankreichs gehen in der Frage der Reparation noch mehr auseinander. Der italienische Gesichtspunkt stimmt eher mit dem englischen überein. Die italienische Abordnung wird sich daher in den beiden Fragen der Entwaffnung und der Reparation betreiben, den französischen und den englischen Gesichtspunkt zu vereinigen, zugleich aber Deutschlands Wiederaufbau zu ermöglichen. In der Orientfrage hingegen schließt sich Italien mehr dem französischen Gesichtspunkt an. In dieser Frage beweist England dieselbe Intransigenz wie Frankreich in bezug auf die deutsche Entwaffnung. Die russische Frage ist vielleicht die aller schwierigste. Hier ist es wiederum Frankreich, das auf keinem Standpunkt beharrt, während Italien und England geneigt sind, unter den nötigen Voraussetzungen der tatsächlichen russischen Lage Rechnung zu tragen und Rußland beizustehen, damit es seine Rolle in der allgemeinen Wirtschaft wieder aufnehmen kann.

Keine Anziehung der Deutschen.

Paris, 25. Januar. Entgegen verbreiteten Meldungen ist es unrichtig, daß die englische Delegation den Antrag gestellt habe, Vertreter Deutschlands zur Konferenz zuzulassen. Es ist möglich, daß die Alliierten es für notwendig erachteten, eine spätere Begegnung alliierter und deutscher Vertreter zu organisieren, um Deutschland die Beschlüsse der Konferenz über die Reparationsfrage bekanntzugeben. Es ist aber keine Rede davon, diese Begegnung sofort an die jetzige Konferenz der Alliierten anzuschließen.

rot-gold zu erzielen, und die Germania findet es auffällig, daß das „B. Z.“ für die alten Reichsflaggen schwarz-weiß-rot eingetreten ist. Das Zentrum befürchtet von einem solchen Volkseigentum eine Zerklüftung des Volkes und meint, daß die Gründe, die seinerzeit für die Annahme von schwarz-rot-gold gesprochen haben, auch heute noch ausschlaggebend seien. — In der demokratischen „Vorzeitung“ wird gesagt, wie die Dinge liegen, werde es wohl schon das beste sein, wenn der Wunsch der Rückkehr zu schwarz-weiß-rot verwirklicht werde. Es würde aber doch manches stille Opfer lösen und die alten Großdeutschen würden nicht ohne Verlust die schwarz-rot-goldene Fahne wieder niederlegen sehen.

Eine rote Armee in Berlin?

In Berlin haben jetzt Hausjungen festgestellt, die Beweise erbracht, daß auch in Berlin die Aufstellung einer roten Armee planmäßig vorbereitet wird. Die aufgefundenen

einem furcht-
stet und etwa
chend): „34
chriftstellers E.
n, daß endlich
- Frihe:
: „Hat denn
hen können?“
denn nicht?“
hat der wirt-
lich in seiner
ob einem An-
auf Befreit-
ungen gerichtet
dag die freie
zung der Ber-
angswirtschaft-
lich der Augen-
khaus
sima,
-Callnberg,
22,11
77,50 *
90,50
66,00
62,10
67,75
58,
67,75
70,25
96,50
94,
95,50
106,25
99,50
380,50
88,
854,
364,50
450,
669,75
294,75
380,
270,
606,50
190,
307,75
910,
4 1/2 x 22
hoch Qual.
Broschur
8 x 12
aufers Säden
Bittner.
Bäcke,
enware,
4,30 Mark,
5,75 Mark,
5,25 Mark,
Rechtliche
0,25 Mark.
— Größere
illust.
B. Guenz,
ei Dresden,
ag 1.
Herrn
mer frei.
de Geschäfts-
attes.
achtes
rad
erstellung zu
in der Ge-
ses Blattes.